

Stand: 14. Januar 2024

VOLLVERSAMMLUNG JANUAR 2024 BESCHLUSSBUCH



Titel: Auf zum Kampf – Unser Arbeitsprogramm 2024/25

Wir stehen am Anfang eines Jahres voller Herausforderungen. Wir können nicht sicher sagen, ob es nach dem 1. September noch eine demokratische Mehrheit im Sächsischen Landtag gibt. Für den Leipziger Stadtrat sieht es besser aus und dennoch: der Blick in die Zukunft ist düster. Zu der rechten Bedrohung gesellen sich steigende Lebensmittelpreise, steigende Energiepreise und steigende Mieten, die teils unbezahlbar werden.

Als Linke wollen wir das nicht hinnehmen. Wir stehen für eine soziale und emanzipatorische Zukunft. Und vor diesen drei richtungsweisenden Wahlen sind wir fest davon überzeugt: Es lohnt sich, zu kämpfen für linke Politik, für die, die nicht von ihrem Vermögen leben können und für unsere Demokratie. Wir sind bereit, uns diesen Herausforderungen zu stellen.

Mit dieser Entschlossenheit geben wir uns dieses Arbeitsprogramm als Grundlage für jungsozialistisches Wirken in Leipzig in 2024/25.

Go Inside for Your Finest Inspiration – Unser Selbstverständnis

Wir Jusos Leipzig sind der größte politische Jugendverband in Leipzig. Als sozialistischer, feministischer und internationalistischer Verband, der sich dem Antifaschismus verpflichtet sieht, ist für uns klar: When nothing goes right, go left.

Ausgehend von unserer Gesellschaftsanalyse, die auf Karl Marx und sozialistische sowie feministische Theoretiker*innen zurückgeht, entwickeln wir Positionen zu aktuellen gesellschaftlichen Themen. Unser Ziel ist es nicht, die Meinung zu vertreten, die gerade von der Mehrheit der Menschen geteilt wird. Vielmehr wollen wir Menschen von unseren Grundwerten und Positionen überzeugen und damit linke Mehrheiten gewinnen. Der Anspruch an Lösungen für die Probleme unserer Zeit ist stets, die Machtverhältnisse zu verändern. Dabei wollen wir nicht nur das Brot, sondern die ganze Bäckerei! Das heißt, gesellschaftliche Zwänge abzubauen und Entscheidungsgewalt zu kollektivieren. Als ostdeutsche Linke haben wir eine besondere Perspektive, die wir in unsere Arbeit stärker einfließen lassen wollen.

Als größte Arbeitsgemeinschaft der SPD in Leipzig wie auch bundesweit verstehen wir uns als linkes Korrektiv – als Stachel im Fleisch – der Partei. Im Sinne unserer Doppelstrategie engagieren wir uns sowohl in der Partei, als auch in der Zivilgesellschaft, in Gewerkschaften sowie in Bündnissen und Netzwerken. Auf dieser kritisch-solidarischen Grundlage baut unser Engagement in den kommenden Wahlkämpfen auf. Wir werden alles geben für linke Mehrheiten!

Nun mit Macht zum Durchbruch – Unsere Handlungsschwerpunkte

Wir kämpfen für jede Stimme für linke Politik in Leipzig, in Sachsen und in der EU. Dafür müssen wir unsere Kräfte bündeln und effektiv einsetzen. Zu diesem Zweck wollen wir im März ein **großes Verbandswochenende** in Schloss Oberau veranstalten. Das Ziel ist, dass alle Teilnehmer*innen eine klare Vorstellung von unseren Inhalten und Zielen im Wahlkampf haben. Außerdem planen wir drei parallele Seminare: Grundlagenworkshops für Neumitglieder, Input für das neue Social-Media-Team sowie Strategie und Planung für den Kommunal- und Europawahlkampf.

Für den **Kommunal- und Europawahlkampf** gründen wir ein **Team**, das eng mit den Kandidierenden arbeitet. Wir glauben, dass unsere Unterstützung so am wirksamsten sein kann. Das Social-Media-Team agiert im Wahlkampf als eigene Einheit, in enger Abstimmung mit dem Wahlkampfteam. Die Kampagne wird auf Grundlage unseres Jugendprogramms zur Kommunalwahl erarbeitet.

Die erarbeiteten **Positionen und Forderungen** wollen wir jedoch auch über den Wahlkampf hinaus nutzbar machen. Zum einen werden wir auch in der neuen Wahlperiode für unsere Inhalte innerhalb der Partei kämpfen. Zum anderen wollen wir stärker über die **Jusos im Jugendparlament** kommunalpolitisch wirken.

Im **Landtagswahlkampf** wollen wir eng mit den Jusos Sachsen zusammenarbeiten. In Orientierung an der Kampagne des Landesverbandes wollen wir für linke Inhalte und Personen kämpfen.

Am 23. Mai wird die **SPD 161 Jahre** alt. Wir wollen an unsere erfolgreiche Veranstaltung aus dem vergangenen Jahr anknüpfen. Den sozialdemokratischen Kampf für Demokratie und gegen Rechtsradikale wollen wir im Sinne unseres antifaschistischen Selbstverständnisses würdigen. Der Blick soll aber vor allem in die Zukunft gerichtet sein. In diesem Jahr müssen wir unsere Demokratie in Sachsen verteidigen. Diese zentrale Botschaft soll auch die Menschen in Leipzig erreichen!

Im August und September beginnen wieder tausende junge Menschen in Leipzig ihre berufliche Ausbildung. Sie sollen im Fokus unserer **Azubi-Kampagne** stehen. Mit Veranstaltungen und Aktionen wollen wir sie erreichen und für jungsozialistische Themen und Arbeit interessieren. Die gleichen Ziele verfolgen wir mit unserer **Kampagne im Rahmen des Studienstarts** in Leipzig.

Im Oktober und November legen wir die **Veranstaltungsreihe zum demokratischen Sozialismus** neu auf. Wir haben aus dem vergangenen Jahr gelernt und wollen niedrigschwelligere Angebote machen. Mit ausreichend Vorlauf wollen wir Themenvorschläge im Verband sammeln. So ermöglichen wir mehr thematische Mitbestimmung und ermutigen zum politischen Arbeiten.

Ein immer wiederkehrender Teil unserer Arbeit ist der **Kampf gegen Rechts**. Es ist ein wichtiges Zeichen, dass sich viele Jusos im antifaschistischen Kampf engagieren. Denn die Gefahr für unsere Demokratie wächst. Ob Schwurbler*innen, die Hand in Hand mit Neonazis und sonstigen Faschist*innen am Montag um den Ring ziehen oder rechte Bündnisse, die sich immer wieder in unsere Stadt wagen. Wir sind da, wir blockieren und geben keinen Fußbreit dem Faschismus!

Doch rechte Ideologien und ihre Anhänger*innen werden nicht nur auf der Straße bekämpft. Daher wollen wir unsere **Mitarbeit in Bündnissen und Netzwerken fortsetzen**, wie auch die innerverbandliche Bildung zu rechten Strukturen und rechter Gewalt. Ein besonderes Augenmerk wollen wir zudem auf die Fortführung unserer Arbeit **gegen die Kriminalisierung von Antifaschismus** legen.

Unser Engagement **gegen jeden Antisemitismus** gehört zum harten Kern unserer politischen Arbeit. Auf verschwörungsideologischen Demonstrationen gehört Antisemitismus zum Standard-Repertoire. Antisemitische Anschläge setzen antisemitische Gedanken in die Tat um. Und auch im privaten Raum scheint offener Antisemitismus immer weiter vorzudringen. Die gesellschaftliche Linke durchzieht ein regressiver Antikapitalismus, dessen verkürzte und personifizierte Kapitalismuskritik antisemitische Ressentiments und Chiffren bedient. Diese Form der Kapitalismuskritik verurteilen wir und erkennen Akteur*innen aus diesem Kontext nicht als Bündnispartner*innen für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen an. In einer Zeit, in der jüdisches Leben in Deutschland durch Sicherheitsmaßnahmen eingeschränkt werden muss, sollte uns klar sein, dass sich Geschichte wiederholen kann und dass wir nicht zusehen dürfen, bis es zu spät ist. "Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen" - dieser Ausspruch des Auschwitz-Überlebenden Primo Levi ist uns eine Mahnung. Wir Jusos Leipzig stehen solidarisch an der Seite der Jüdinnen und Juden in Leipzig und auf der ganzen Welt. Für uns beinhaltet das eine ungebrochene Solidarität mit dem einzigen Staat, in dem Jüdinnen und Juden sicher sind vor Antisemitismus – Israel. Unsere Zusammenarbeit mit dem jungen Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft wollen wir fortführen.

People of Color und Menschen mit Migrationsgeschichte sind in Sachsen einer finsternen Realität ausgesetzt. Täglich erfahren sie strukturellen Rassismus. Unserem **antirassistischen Kampf** liegt unsere sozialistische Analyse der Gesellschaft zugrunde. Wir wollen eine Gesellschaft der Freien und Gleichen, frei von jeglicher Diskriminierung aufgrund der Zuschreibung einer ethnischen Gruppe. Den theoretischen Unterbau unseres Kampfes gegen strukturellen Rassismus wollen wir im kommenden Arbeitsjahr ausbauen und mit konkreten politischen Forderungen und Handlungen verknüpfen. Dieser Antirassismus soll sich auch innerhalb unseres Verbandes zeigen.

Ebenso wollen wir unsere **Erinnerungs- und Gedenkarbeit** fortführen.

Der **Kampf gegen schlechte Löhne und widrige Arbeitsbedingungen** ist sozialistische Praxis. Eine entschiedene Bewegung aus Arbeiter*innen und Beschäftigten wird wichtige Erfolge im antikapitalistischen Kampf erringen, wie etwa die Besetzung einer Fabrik durch Arbeiter*innen in Italien. Wir wollen deshalb an ihrer Seite stehen und gemeinsam für eine gerechte Welt kämpfen, mit weniger geben wir uns nicht zufrieden. Die Politisierung dieser Kämpfe wollen wir gemeinsam mit unseren Bündnispartner*innen vorantreiben – ohne die Belange der Beschäftigten zu instrumentalisieren. Auch der politische Streik muss in Deutschland legitimes Mittel der demokratischen Auseinandersetzung werden.

Auf süß – Unser Verband

Ein wichtiges Zentrum unserer Mitgliederbindung ist die **Regelmäßigkeit der Juso-Veranstaltungen**. Im vergangenen Jahr trafen wir uns alle zwei Wochen immer dienstags. An diese Handhabung möchten wir anknüpfen und einen geeigneten Wochentag ausmachen, um die regelmäßigen Treffen fortzusetzen. In den anderen Wochen trifft sich der Stadtvorstand zu einer **offenen Vorstandssitzung**. Hier soll neben der inhaltlichen Arbeit des Vorstandes jedem Verbandsmitglied oder Interessierten die Möglichkeit gegeben werden, die eigenen Ideen in den Verband einfließen zu lassen.

Wir wollen in Zukunft wieder vermehrt auf **offene und niedrigschwellige Socialising-Formate** setzen. Vor allem in der kurzen Sommerpause und im Dezember. Nach den Corona-Jahren wollen wir so eine lockere Atmosphäre schaffen, um neue wie gestandene Genoss*innen zusammenzubringen und für die politische Juso-Arbeit zu motivieren.

Um einen langfristigen **Wissenstransfer** zu gewährleisten, legen wir eine **digitale Datenbank** unserer inhaltlichen Arbeit an. Hier hat jede*r die Möglichkeit, sich über Positionen zu informieren und den Verband schnell und unkompliziert kennenzulernen. Das gliedert sich in eine umfassende **Neumitgliederarbeit** ein. Neben der Datenbank werden auch der persönliche Austausch bei Veranstaltungen wie dem Neumitgliederbrunch oder Grundwerteworkshops im Fokus stehen. Zur Kommunikation mit dem Verband nutzen wir weiterhin Telegram und wollen hier in Zukunft zur besseren Übersichtlichkeit **Communities** etablieren.

Wir Jusos Leipzig verfolgen einen strikten emanzipatorischen und feministischen Anspruch. Die **Frauenvernetzung** für interessierte Genossinnen als Ort der Vernetzung und des Empowerments wollen wir deshalb reaktivieren. Analog dazu soll auch die BIPoC- und Queervernetzung eingeführt werden. Somit wollen wir Saferspaces für alle Genoss*innen innerhalb des Verbandes schaffen. Der Stadtvorstand wird diese, je nach Wunsch, in vollem Maße unterstützen. Unser Anspruch muss es sein, uns als Verband in eine Richtung zu entwickeln, die die Notwendigkeit emanzipatorischer Korrekturen reduziert. Um dem gerecht zu werden, wollen wir unsere **feministische, antirassistische und queere Bildungsarbeit** für den gesamten Verband im kommenden Jahr fortsetzen.

Darüber hinaus werden wir unsere **Awarenessarbeit stärken**. Awareness ist jedoch kein Thema, das in den Aufgabenbereich einzelner Personen fällt. Es ist die Aufgabe aller Mitglieder unseres Verbandes, ein angenehmes und sicheres Klima für alle zu schaffen. Deswegen werden wir die Praxis eines Awareness-Teams, das auf jeder größeren Veranstaltung vor Ort ist, fortsetzen. Die nötigen Skills wollen wir durch Workshops in der breiten Mitgliedschaft verankern.

Da vergangene **Verbandswochenenden** auf eine breite positive Resonanz stießen, planen wir dieses Format in diesem März fortzusetzen. Im Anschluss gilt es dieses zu evaluieren. Mit Blick auf die Bundstagswahl 2025 streben wir an bei einer positiven Bilanz auch im Frühjahr nächsten Jahres ebenfalls ein Verbandswochenende durchzuführen.

Das Niveau unserer Öffentlichkeitsarbeit wollen wir beibehalten und nach Möglichkeit weiter stärken und so etablieren. Dabei sehen wir vor allem eine personelle **Stärkung des Social-Media-Teams** geboten. Der Stadtvorstand wird im kommenden Jahr ein neues Social-Media-Team gründen und es bei der Ausarbeitung eines umsetzbaren Prozesses unterstützen. Darüber hinaus wollen wir unsere **Pressearbeit weiter pflegen**.

Zur Vorbereitung auf die **Landesdelegiertenkonferenz** im Herbst streben wir die Planung und Durchführung einer weiteren Vollversammlung im Sommer dieses Jahres an. Im Vorfeld werden wir gemeinsam als Verband Anträge erarbeiten.

Dein Herz ist an mein Herz gebunden – Unsere Bündnispartner*innen

Als größte Arbeitsgemeinschaft und **linkes Korrektiv der Stadtpartei** stehen wir im kritisch-solidarischen Verhältnis zur SPD. Diese besondere Stellung werden wir nutzen, um mit den **SPD-Abgeordneten und -Stadträt*innen** in einen regelmäßigen Austausch zu treten. Dadurch soll die Arbeit der Abgeordneten und Stadträt*innen für uns nachvollziehbarer werden. Zugleich werden wir diese Termine nutzen, um unsere Anliegen bei den Mandatsträger:innen deutlich zu machen. Vor den Treffen legen wir Kernthemen fest, über die wir sprechen möchten. Dieser Austausch soll für uns Jusos auch eine Gelegenheit sein, unsere Abgeordneten besser kennenzulernen.

Unser Engagement in verschiedensten **Bündnissen** und **Netzwerken** führen wir fort und stärken sie weiter. Zum Aktionsnetzwerk **“Leipzig nimmt Platz”** sowie dem Bündnis zum **Christopher Street Day** tragen wir unseren Teil bei. Wir rufen zu Demonstrationen auf, wenn diese uns inhaltlich nahestehen.

Die enge Zusammenarbeit mit der **Juso-Hochschulgruppe (JHG)** setzen wir fort. Mit den **Juso-Schüler*innen und -Azubis (JSAG)** wollen wir das engere Arbeitsverhältnis verstetigen. Die Einbeziehung von Vertreter*innen von JHG und JSAG ebenso wie gemeinsame Veranstaltungen, abgestimmte Öffentlichkeitsarbeit und vieles mehr sind eine Bereicherung für unsere politische Arbeit. Wir sind froh, dass die JHG und JSAG vor Ort so aktiv sind und unterstützen sie fortwährend, nach Möglichkeit.

Auch mit dem **Landesvorstand** der Jusos Sachsen arbeiten wir eng zusammen und tragen so zur inhaltlichen und strukturellen Weiterentwicklung des Gesamtverbands bei. Dazu laden wir regelmäßig die Landesvorsitzenden zu unseren Veranstaltungen ein und nutzen unsere Verbindungen in den Landesvorstand. Des Weiteren nutzen wir die Veranstaltungen des Landesvorstands zum **Austausch mit anderen sächsischen Juso-Gliederungen**. Besonders mit den anliegenden Juso-Unterbezirken (Nordsachsen und Landkreis Leipzig) streben wir einen engen Austausch und gegenseitige Unterstützung, z. B. im Wahlkampf, bei Demos oder vor Landesdelegiertenkonferenzen an.

Als linke Parteijugenden sind uns die **Linksjugend Leipzig** und die **Grüne Jugend Leipzig** enge Bündnispartner*innen, mit denen wir die gute Zusammenarbeit aus der Vergangenheit im kommenden Jahr fortsetzen wollen. Gleiches gilt für die **Gewerkschaftsjugenden**.

Die Kampagne **Wir Fahren Zusammen** verbindet den Kampf der Beschäftigten im öffentlichen Personennahverkehr für bessere Löhne und gute Arbeitsbedingungen mit dem Kampf für eine bessere Klimapolitik. Wir wollen die Leipziger WFZ-Gruppe bei den bevorstehenden Tarifeinsetzungen unterstützen. Wir fahren zusammen!

Titel: Jugendprogramm der Jusos Leipzig 2024

Wohnen: eine soziale Frage

Leipzig ist europaweit die Stadt mit der höchsten Mieter*innenquote. Und sie wächst. 86% aller Leipziger*innen zahlen monatlich Miete, um ihr Zuhause nutzen zu dürfen. Der Leipziger Wohnungsmarkt ist angespannt und die Mieten steigen stark.¹ Armut, Ungleichheit und Wohnraum sind eng verknüpft. Die Verteuerung des Wohnraums produziert auch zunehmend Armut. Menschen werden aus ihrem gewohnten Leben verdrängt. Denn während die Mieten immer teurer werden, stagnieren die Löhne. Die aktuelle Wohnungskrise ist vor allem eine Krise der Bezahlbarkeit. Wir wollen verhindern, dass Leipzig Berliner Zustände bekommt. Wir wollen eine grundlegende Wende anstoßen: Wir kämpfen für eine Wohnungspolitik statt einer Wohnungsmarktpolitik, die dauerhafte Lösungen schafft – anstatt aufzuschieben.

Wir lehnen weitere Verkäufe von Wohnraum in öffentlicher Hand in Leipzig ab und wollen die **Wohnungsgenossenschaften stärken**. Ihre Stärke ist, dass die Bedürfnisse der Mieter*innen im Zentrum des Wirtschaftens stehen. Wir wollen den Mieter*innen zu **mehr Mitbestimmungsrechten bei strategischen Entscheidungen** verhelfen.

Die Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH (LWB) wollen wir – auch mit höheren **Zuschüssen aus dem Stadthaushalt** – befähigen, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, um den Leipziger Wohnungsmarkt preislich nach unten zu drücken. Die LWB muss ertüchtigt werden, die Soziale Wohnraumförderung des Bundes optimal ausschöpfen zu können. Wir wollen **20.000 neue Wohnungen bis 2030** bauen. Außerdem muss auf strategische Rückkäufe gesetzt werden. Für die **Durchschnittsmieten bei der LWB** wollen wir auf Dauer einen **maximalen Quadratmeterpreis von 6,50€** festsetzen. Über den Marktanteil der LWB wollen wir für eine langfristige Stabilisierung des Leipziger Wohnungsmarktes sorgen.

Um auch eine langfristige Perspektive für die Generationen unserer Kinder und Enkel zu entwickeln, wollen wir eine **strategische Flächenpolitik** beginnen. Die Stadt Leipzig soll dabei die ihr zur Verfügung stehenden rechtlichen Instrumente nutzen, um mehr Kontrolle über den städtischen Grund und Boden zu gewinnen und so Spekulation mit unbebauten Grundstücken zu unterbinden. Wir werden die städtische Verfügung über Grund und Boden im Sinne einer strategischen Bodenbevorratung deutlich ausbauen, auch durch intensivere Nutzung von **gemeindlichen Vorkaufsrechten**. Für eine künftig **aktivere Ankaufspolitik** werden wir einen **entsprechenden Fonds** auflegen.

Auch die Stadtentwicklung muss darauf ausgerichtet werden, bezahlbares und nachhaltiges Wohnen zu ermöglichen. Zum einen muss sich die Stadt Leipzig darauf konzentrieren, **Mehrfamilienhäuser in den Ballungsgebieten** zu genehmigen, anstatt neue Einfamilienhausgebiete auszuweisen - egal ob per Nachverdichtung oder durch Ausweisung neuer Viertel für Mehrfamilienhäuser. In jedem Fall ist für uns essentiell, Freiräume in der Stadt zu erhalten.

Die Klimaveränderung durch die globale Erderwärmung spüren wir bereits jetzt. Der Bausektor macht weltweit 38% an den klimaschädlichen Emissionen aus. Umso wichtiger ist es, in Leipzig

¹ So stiegen die leipzigweiten durchschnittlichen Angebotsmieten pro Quadratmeter zwischen 2012 und 2021 um über 50%.

hochwertig und zunehmend **mit nachwachsenden Baustoffen zu bauen**. Alle Bebauungspläne müssen dahingehend optimiert werden, dass in allen neuen Gebäuden **erneuerbare Energien** bestmöglich genutzt werden können. Viel wichtiger ist es aber, die **bestehende Bausubstanz zu erhalten** und zukunftsfest zu machen. Schlussendlich darf die Stadt Leipzig auch nicht vor **Enteignungen von Bausubstanz** zurückschrecken, **die seit über fünf Jahren leer steht**. Für uns steht fest: Klimaneutrales und bezahlbares Wohnen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen stets gemeinsam gedacht werden.

Nicht nur Menschen wohnen in und um unsere Häuser. Wir setzen uns für eine **konsequente Fassadenbegrünung** ein. Sie ist natürliche Kühlung und Hort der innerstädtischen Biodiversität. Sie dient als Lebensraum für viele verschiedene Insekten und Vögel.

Ein konkretes **Brachflächenmanagement** kann für uns nicht in der reinen Nachverdichtung bestehen. Brachen sind ökologische Notwendigkeit, sozialer Treffpunkt innerhalb eines Quartiers. Wir wollen diese historischen Bruchstellen erhalten und sie effektiv für die Stadtgesellschaft nutzen. Langfristig streben wir die von der WHO als ideal empfohlene Fläche von 50 m² Grünfläche pro Person an.

Wir wollen Luxussanierungen stoppen, um die ansässige Wohnbevölkerung vor teuren Sanierungen zu schützen. Mit den Instrumenten der **Milieuschutz- bzw. Erhaltungssatzung** wollen wir die bauliche Nachverdichtung und Sanierung aktiv steuern und für einen sozialen Zusammenhalt und gegen eine weitere Welle der Mietsteigerungen abbremsen.

Gemeinsam kämpfen wir für eine gerechte und lebenswerte Zukunft in Leipzig, in der bezahlbarer Wohnraum und Klimaschutz Hand in Hand gehen - denn wir setzen entschlossen die Veränderungen um, die unsere Stadt braucht.

Bildung und Soziales

Wir setzen uns gemeinsam für eine vielfältige und **inklusive Bildungslandschaft** ein, die allen Jugendlichen **optimale Entwicklungsmöglichkeiten** bietet. Ziel ist eine sozial gerechte Gesellschaft, in der die Bedürfnisse und Potenziale aller gleichermaßen berücksichtigt werden.

Wir fordern die Einführung kostenloser, ausgewogener Mahlzeiten in Schulen und Kitas, um sicherzustellen, dass alle Zugang zu gesunder Ernährung haben. Die Übernahme von Kosten umfasst mehr als die Finanzierung des Mittagessens. Wir fordern die flächendeckende Bereitstellung kostenloser, wohnortnaher Kitaplätze. Die Wahlfreiheit der Eltern soll erhalten bleiben.

Unser Fokus liegt auf dem Ausbau sowie dem Aufbau neuer Gemeinschaftsschulen. Hier wird inklusive Bildung ermöglicht und die individuelle Förderung gewährleistet. Die Kita- und Schulsozialarbeit wollen wir absichern und ausbauen. Dort, wo es bislang keine gibt, sehen wir die Stadt in der Pflicht, die Voraussetzungen schnellstmöglich zu schaffen und die Einrichtungen bei der Einführung zu unterstützen. Wir setzen uns für die finanzielle Förderung sexualpädagogischer Projekte ein und fordern eine transparente Klärung sowie Unterstützung individueller Schüler*innenbedarfe. Die Nutzung von Schulhöfen nach dem Unterrichtsende für Aktivitäten kann dabei eine wichtige Rolle spielen, hier hätten Jugendliche auch Nachmittags einen Aufenthaltsort. Auch Schulen des 2. Bildungswegs müssen gefördert werden, um

verschiedene Lern- und Lebenswege zu unterstützen. Zudem fördern wir Deutsch als Zweitsprache (DAZ) für alle Schüler*innen.

Vielfältige Freizeitmöglichkeiten sind ein weiterer wichtiger Schwerpunkt, darunter zählen die flächendeckenden Ganztagsangebote (GTA) und flexible Öffnungszeiten für Jugendhäuser sowie Offene Freizeittreffs (OFTs). Wir setzen uns für kulturelle Projekte wie Streetart und Awareness Teams wie Streetworker ein.

Generationsübergreifende Treffpunkte und alternative Beteiligungsformate für die Gestaltung des städtischen Lebens sollen geschaffen werden. Das Jugendparlament der Stadt Leipzig soll direkte Beteiligung ermöglichen, hier fordern wir eine Aufstockung des Budgets von 5000€ auf mindestens 10.000€ jährlich, ein Anfragerecht an den Stadtrat und eine volle Stelle im Büro für Ratsangelegenheiten zur Geschäftsführung.

Als feministischer Verband setzen wir uns entschieden für die Erweiterung und Stärkung von Frauenhäusern ein, um den Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt gemäß den Prinzipien der Istanbul-Konvention zu gewährleisten. Unsere Forderung zielt darauf ab, den Zugang zu sicheren Unterkünften für Frauen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, zu verbessern. Durch die Stärkung von Frauenhäusern möchten wir sicherstellen, dass sie den internationalen Standards entsprechen, einschließlich angemessener Ressourcen, geschultem Personal und einem umfassenden Ansatz zur Unterstützung betroffener Frauen. Diese Maßnahme ist ein Schritt in Richtung einer Gesellschaft, die sich aktiv gegen geschlechtsspezifische Gewalt einsetzt und Frauen in Not die notwendige Unterstützung bietet, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können.

Unsere Vision ist eine lebendige und partizipative Stadt, in der alle jungen Menschen die Chance haben, sich optimal zu entwickeln. Durch die Umsetzung dieser Maßnahmen streben wir eine Gesellschaft an, die die Bedürfnisse und Potenziale aller Menschen gleichermaßen berücksichtigt und individuell gefördert werden.

Mobilität

Mobilität ist gleichzeitig Grundrecht und eine der zentralen Zukunftsfragen: Wie bewegen wir uns möglichst klimagerecht und praktisch fort? Wie stellen wir sicher, dass alle in unserer Gesellschaft nach ihren Wünschen und Bedürfnissen mobil sein können? Nichts weniger ist das Ziel unserer Politik. Deswegen müssen wir jetzt die Weichen stellen.

Wir setzen uns für den Ausbau eines zusammenhängenden, durchgängigen und gut ausgebauten Leipziger Radwegenetzes ein. Dieses ermöglicht es den Menschen, sicher und effizient mit dem Fahrrad zu pendeln und die Umwelt zu schonen. Durch die Einrichtung von Radstationen und Fahrradparkhäusern, gerade an Bahnhöfen oder anderweitigen Verkehrsknotenpunkten fördern wir nachhaltige Pendelwege. Die Preisentwicklung bei privaten Fahrradleihdiensten wie Nextbike bereitet uns Sorgen. Wir wollen die Preise bezahlbar halten. Langfristig wollen wir ein kommunales Bikesharing einführen. Die Sicherheit der Radwege, insbesondere in Kreuzungsbereichen und an Unfallschwerpunkten, hat oberste Priorität. Nachdem die Mobilitätspolitik jahrzehntelang auf die Schaffung von Parkraum und die Fokussierung auf das Auto als Verkehrsmittel ausgelegt war, wollen wir prüfen, wo bestehender

Parkraum umverteilt werden kann und bspw. durch Fahrradbügel zu Abstellmöglichkeiten werden können.

Der Ausbau von Car-Sharing Konzepten ist ein wichtiger Schritt in Richtung nachhaltiger Mobilität. Wir setzen uns dafür ein, die Verfügbarkeit von Car-Sharing-Diensten in Leipzig zu erhöhen, um den Bedarf an individuellem Fahrzeugbesitz zu reduzieren. Wir wollen den Dialog mit den Supermarktbetreiber*innen suchen, um Parkraum nach Ladenschluss für Anwohner*innen bereitzustellen. Wir wollen den Ausbau von Elektroladesäulen weiter konsequent vorantreiben.

Es muss für jeden Menschen möglich sein, ohne eigenes Auto am gesellschaftlichen und beruflichen Leben teilzuhaben. Deshalb bauen wir den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) weiter aus. Dieser massive Investitionsbedarf kann jedoch nicht aus dem Stadthaushalt allein gedeckt werden. Wir sehen den Bund und den Freistaat in der Pflicht, durch die Bereitstellung von Finanzmitteln nachhaltige Investitionen in die Mobilität der Zukunft zu ermöglichen. Die Erhöhung der Taktung im Fahrplan oder die Schaffung neuer Linien darf dabei niemals zulasten der Beschäftigten im ÖPNV gehen. Viele arbeiten bereits jetzt an der Belastungsgrenze, auch aufgrund eines massiven – teils selbst verschuldeten – Personalmangels bei der LVB.

Wir wollen in unserer Stadt und den Ortschaften auf einen fahrscheinlosen ÖPNV hinwirken. Bis zur flächendeckenden Umsetzung kämpfen wir für einen möglichst geringen Fahrpreis. Kleinbusse (E-Minivans), die nach dem Mobility on Demand Prinzip funktionieren, sind eine gute Lösung für die Ortschaften in Leipzig, wo der Betrieb von Linienbusse außerhalb der Stoßzeiten oftmals nur schwer wirtschaftlich ist. Überall, wo der ÖPNV noch nicht nachhaltig betrieben wird, stellen wir das um. Außerdem brauchen wir ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes Nachtangebot. Wir wollen neue Nachtbuslinien analog zur N60 und Nachttramlinien analog zur N17 schaffen, um Querverbindungen im Nachtverkehr zu ermöglichen, die nicht zentral über den Hauptbahnhof führen und so eine deutliche Zeitersparnis darstellen.

Integration und Geflüchtete

Wir setzen uns mit Entschiedenheit für eine integrative und menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten ein. Unser Leitgedanke ist die Umsetzung eines Konzepts der dezentralen Unterbringung, das die individuellen Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellt. Die effiziente Nutzung finanzieller Mittel ist unabdingbar, um die Lebensqualität von Geflüchteten nachhaltig zu verbessern.

Eine effektive Kooperation zwischen Bund, Land und Kommunen ist für uns von höchster Bedeutung, um ausreichende Mittel sicherzustellen. Wir setzen uns vehement gegen das Ausspielen von Geflüchteten, gegen knappe Ressourcen und für eine faire Verteilung der finanziellen Lasten ein. Deshalb fordern wir, dass die Stadt Leipzig sich für eine substantielle Erhöhung der finanziellen Unterstützung vom Bund einsetzt, um eine humane Unterbringung und erfolgreiche Integration zu gewährleisten.

Besonders wichtig ist uns die Förderung integrativer Wohnungsprojekte, die langfristige Begegnungsräume schaffen. Zeltstädte akzeptieren wir nur als letztes Mittel und sehen sie als Symbol für die chronische Unterfinanzierung und schlechte Organisation der Unterbringung.

Unser Ziel ist es, ungenutzte Räume zu vermeiden und stattdessen sichere und geeignete Unterkünfte für Geflüchtete zu schaffen.

Im Bereich der Grundversorgung setzen wir uns für eine verbesserte medizinische Betreuung, angemessene Unterbringung, den Zugang zu Bildung und Sprachkursen ein. Die Verfügbarkeit von Dokumenten in verschiedenen Sprachen in Behörden ist für uns essentiell, um die Kommunikation zu erleichtern und bürokratische Hürden abzubauen.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf einem Leitbild, das einen sensiblen Umgang mit Geflüchteten vorsieht. Wir fordern Schulungen für kommunale Mitarbeiter*innen, um ein Bewusstsein für die Bedürfnisse und Anliegen von Geflüchteten zu schaffen. Die Einrichtung einer unabhängigen Antidiskriminierungsstelle ist für uns von großer Bedeutung und unumgänglich.

Mit dem zentralen Grundsatz der Integration verfolgen wir das Ziel, die Ausgliederung von Gruppen in Schulen und Kitas zu vermeiden. Wir streben eine integrative Gemeinschaft an, in der jeder Mensch unabhängig von seiner Herkunft die gleichen Chancen und Rechte hat.

Für eine erfolgreiche Integration braucht es Verwaltungsstrukturen, die schnell und zielgerichtet im Sinne der Antragssteller*innen arbeiten. Dafür braucht es ausreichend Stellen zur Bearbeitung der Einbürgerungsverfahren in der Stadtverwaltung, die zeitnah zu besetzen sind. Für die zuständigen Mitarbeiter*innen braucht es entsprechende Weiterbildungen, die auch für die Lebensperspektiven der Antragssteller*innen, insbesondere von BIPoCs, sensibilisiert sind.

Wir erkennen den Leidensdruck von Antragssteller*innen an. Deswegen fordern wir den Einsatz von Freiwilligen, mit entsprechender Weiterbildung und Qualifizierung, nach dem Vorbild von Hamburg und Berlin zur Überbrückung der personellen Engpässe in der Verwaltung. Diese kurzfristige Lösung soll jedoch nicht zur dauerhaften Übernahme von hauptamtlich zu leistenden Verwaltungsaufgaben werden.

Leider hat die Stadt Leipzig nicht die Möglichkeiten sich über Arbeitsverbote hinwegzusetzen, trotzdem soll versucht werden, die bestehenden Möglichkeiten bestmöglich auszunutzen.

Die Jusos Leipzig stehen für eine solidarische und offene Stadtgesellschaft. Unsere Forderungen im Bereich Integration und Unterstützung von Geflüchteten sind Ausdruck unseres Engagements für ein vielfältiges und inklusives Leipzig, das Menschen aus der ganzen Welt willkommen heißt.

Kultur

Kultur ist ein zentraler Baustein kommunaler Aufgaben. Sei es als Freizeitbeschäftigung, als Beruf oder als Möglichkeit der sozialen Teilhabe: ein vielfältiges kulturelles Leben erhöht die Lebensqualität für alle Leipziger*innen. Und Kultur ist immer auch ein elementarer Bestandteil eines demokratischen Gemeinwesens. Doch nicht alle haben gleichermaßen Zugang zu kulturellen Angeboten. Oftmals entscheidet der Geldbeutel oder die Postleitzahl.

Deshalb begrüßen wir, dass die Dauerausstellungen in Leipzigs kommunalen Museen nun für alle kostenfrei zugänglich sind. An diesen wichtigen Schritt wollen wir anknüpfen und Kulturpässe für Kinder und Jugendliche, Senior*innen und Menschen mit geringem Einkommen

einrichten, mit denen sie alle öffentlichen Kultureinrichtungen und -veranstaltungen entgeltfrei besuchen können. Denn kulturelle Teilhabe ist Kern einer funktionierenden Gesellschaft. Wir wollen kommunale Förderungen kultureller Projekte und Angebote – abseits der Hochkultur – erhöhen. Diesen Gedanken wollen wir auf die Region ausweiten und durch die Kulturmanager*innen als Schnittstelle zwischen Stadt und Land schaffen. So wollen wir die Kommunikation verbessern und Kulturarbeit im ländlichen Raum unterstützen.

Wir fordern darüber hinaus, dass Kultur verstärkt im öffentlichen Raum stattfindet, um diese allen Menschen leichter zugänglich zu machen. Bei allen Angeboten von Kunst und Kultur im öffentlichen Raum achten wir auf komplette Entgeltfreiheit, vor allem auch ohne Konsumzwang. Für Künstler*innen wollen wir niedrigschwellige und bezahlbare Atelierflächen zur Verfügung stellen. Freiraum ist in Leipzig sehr knapp geworden.

Wir schaffen eine gleichwertige Unterstützung von Subkultur im Vergleich zu Hoch- oder Breitenkultur. Wir wollen das Amt des*r Fachbeauftragten für Nachtkultur stärken. Als junge Menschen müssen wir mit ansehen, wie Kneipen und Clubs im wachsenden Leipzig verdrängt werden. Das muss ein Ende haben! Wir unterstützen die Gründung von Kneipenverbänden, die gemeinsam Veranstaltungen organisieren. Wir wollen Parkplätze in belebten Vierteln zu Bereichen für Außengastronomie und Veranstaltungen umwandeln. Wir stehen konsequent gegen Alkoholverbotzonen und dauerhafte Videoüberwachung im öffentlichen Raum. Diese Verbote hatten bereits in der Corona-Pandemie keinen Erfolg. Wir setzen uns stattdessen für dezentrale Awareness-Teams ein, die Konflikte deeskalieren können.

Wir setzen uns außerdem für den Ausbau von Jugendkulturangeboten ein - sei es durch Angebote der Kommune oder autonom und selbstverwaltet. So geben wir allen Jugendlichen die Möglichkeit, an kulturellem Leben teilzuhaben und ihre Freizeit mit Spaß und Freund*innen zu gestalten.

Die Stadt Leipzig ist sich ihrer Verantwortung bewusst, die Erinnerungskultur vor Ort zu stärken. Vor allem die engagierte Zivilgesellschaft kämpft für ein demokratisches und antifaschistisches Erinnern in unserer geschichtsträchtigen Stadt. Dazu gehört ein differenzierter Blick auf soziale und kulturelle Strukturen in der Vergangenheit. Dies muss sichtbar und demokratisch – unter Einbeziehung aller relevanten Akteur*innen – geschehen. Doch unsere Erinnerungskultur wird immer wieder angegriffen. Den Versuchen der Geschichtsrelativierung, -umschreibung und -neuschreibung müssen wir eine verlässliche, dauerhafte Finanzierung der erinnerungskulturellen Arbeit entgegensetzen.

Sicherheit und Ordnung

Die Stadt gehört allen ihren Bewohner*innen. Wir setzen uns daher für den Ausbau und die konsequente Erschließung öffentlichen Raums ein. Parkanlagen, Plätze und Straßen müssen für alle zugänglich und sicher sein.

Unter dem Begriff der feministischen Stadtentwicklung setzen wir uns für Maßnahmen ein, die dieses konkrete Ziel ermöglichen sollen.

Hierfür zentral sind kurze, sichere Wege und eine gesunde und kompakte Stadtteilplanung mit gemischter Nutzung. So sollen Viertel entstehen, die den Bedürfnissen nach Wohnen,

Einkaufen, medizinischer Versorgung, Bildung und Kinderbetreuung gerecht werden können und gleichzeitig Zugang zu öffentlicher Infrastruktur, dem öffentlichen Personennahverkehr, Freizeitangeboten und sanitären Anlagen bieten.

Wir wollen Angsträume aufbrechen und umgestalten. Durch intelligente Beleuchtungskonzepte wollen wir Heimwege sicherer machen. Parkanlagen werden gut ausgeleuchtet und so angelegt, dass sie von außen, durch freie Sichtachsen einsehbar sind. Mit Nachttaxen und einem städtischen Heimwegtelefon fordern wir zusätzliche Maßnahmen, die Angsträume aufbrechen und den öffentlichen Raum damit zugänglicher machen sollen.

Wir setzen die Istanbul-Konvention ausnahmslos um. Hierzu sollen u.a. Aufklärungskampagnen im öffentlichen Raum und an Schulen sowie niedrigschwellige Anlaufstellen entstehen. Wir schaffen ausreichend Frauenhausplätze, insbesondere Familienplätze und senken die Hemmschwelle zur Inanspruchnahme dieser Plätze.

Sicherheit bedeutet für uns in erster Linie ein Umfeld zu haben, in dem eskalative Maßnahmen durch Ordnungsamt oder gar Polizei nur dann erforderlich sind, wenn Gefahr in Verzug ist. Denn Sicherheit im öffentlichen Raum ist eng an das subjektive Sicherheitsempfinden geknüpft. Um dieses zu erhöhen, wollen wir die Präsenz von Awarenessteams ausbauen. Awareness bedeutet gegenseitige Rücksichtnahme. Die Teams sollen als Vermittler*innen fungieren, Betroffene schützen und Konflikte deeskalieren. Erfolgreiche Konzepte haben sich bereits etabliert, etwa in Jugendverbänden oder in Clubs. Wir wollen das Recht, eine Großveranstaltung durchzuführen, an ein bestehendes Awarenesskonzept knüpfen und so zu einem allgemeinen Sicherheitsempfinden beitragen.

Eine Bewaffnung des Ordnungsamts mit Pfefferspray, Schlagstöcken oder Handschellen lehnen wir ab. Hilfssheriffs brauchen wir in Leipzig nicht. Stattdessen fordern wir die Stadt auf, ihr Personal beim Ordnungsamt besser einzugruppieren und zu qualifizieren. Denn wir brauchen Personen im öffentlichen Dienst, die das Stadtleben im Blick haben, niedrigschwellig eingreifen oder im Ernstfall die Polizei verständigen. Sicherheit muss dabei durch Transparenz erreicht werden, mittels einer klaren Kennzeichnung aller Ordnungskräfte im Einsatz und der unbedingten Beibehaltung des Richtervorbehalts bei Standardmaßnahmen (außer bei Gefahr im Verzug).

Gerade bei der zum Ordnungsamt gehörenden Versammlungsbehörde muss festgestellt werden, dass die Mitarbeiter*innen teils unzureichend geschult sind und oftmals Entscheidungen treffen, die für die Demonstrant*innen nur schwer oder gar nicht nachvollziehbar sind. Hier muss es eine unabhängige Beschwerdestelle geben, welche möglichem Missverhalten von OA-Mitarbeitenden nachgehen kann. Wir sind uns bewusst, dass die Mitarbeiter:innen nicht immer einen einfachen Job ausüben. Auch ist die Notwendigkeit eines Ordnungsamtes unumstritten. Es stellt unserer Ansicht nach jedoch die niedrigschwelligste Ordnungs- und Sicherheitsbehörde im Land dar. Diese Niedrigschwelligkeit muss sich auch nach außen für die Bürger:innen widerspiegeln.

Obdachlose Personen wollen wir nicht aus dem Stadtbild verdrängen. Defensive Architektur lehnen wir ab, ebenso wie Maßnahmen zur Vertreibung Obdachloser oder bettelnder Personen durch Musik, wie es seit Jahren am Hauptbahnhof versucht wird. Wir wollen das Projekt *Housing*

First weiter konsequent fortführen. Betroffene werden unbefristet in Wohnungen untergebracht und werden dabei durch geschultes Personal betreut. Deshalb möchten wir das Konzept des Housing First stärker fördern und streben eine Verzahnung mit dem Programm Betreutes Wohnen an.

Dass öffentlicher Raum auch einladend sein muss, wollen wir durch die Verbesserung der öffentlichen Sauberkeit erreichen, mehr Papierkörben in Parks und Plätzen und mehr öffentliche Toiletten-/ und Wickelräume.

Die von den Leipziger Stadtwerken eingeführte jährliche Umfrage zur Errichtung neuer öffentlicher Trinkwasserbrunnen soll weitergeführt werden, damit jährlich mindestens zwei neue Standorte hinzukommen.

Wirtschaft und Finanzen

Unser Ziel ist es, die Vielfalt des lokalen Einzelhandels zu schützen und zu fördern. Bei der Vergabe von Gewerbeflächen wollen wir durch ein Punktesystem, welches sozial gerechte und nachhaltige Kategorien bewertet, zukunftsorientierte Betriebe für Leipzig gewinnen. Dabei wollen wir die Gebiete nach dem Prinzip "Stadt der kurzen Wege" gestalten. Die Erschließung und Ausweisung neuer Einzelhandelsflächen innerhalb des Innenstadtrings lehnen wir ab.

Die Kommune sollte aktive Initiativen ergreifen, um sich als attraktiven Arbeits- und Ausbildungsstandort zu positionieren. Dazu gehört die Einführung einer lokalen Umlagefinanzierung für die Unterstützung lokaler Ausbildungsplätze sowie der vorrangige Zugriff auf einen Pool von Absolvent*innen. Die Ausschreibung eines Preises für gute Ausbildung schafft Anreize für Unternehmen, qualitativ hochwertige Ausbildungsprogramme anzubieten. Die Schaffung von Wohnraum für Auszubildende ist ein zentrales Element unserer Politik für eine gute Ausbildung in Leipzig.

Wie die Mehrheit der Städte und Kommunen kämpft auch Leipzig mit finanziellen Schwierigkeiten, die aus der mangelnden Ausfinanzierung in Verbindung mit den stetig steigenden Aufgaben resultieren. Dieses Problem kann final nur durch Bund und Länder gelöst werden. Im Folgenden betrachten wir die allgemeine Haltung zur kommunalen Haushaltsführung, unabhängig von den Verfehlungen in der Ausfinanzierung durch Bund und Länder.

Eine Schuldenbremse lehnen wir ab. Bei kooperativen Kommunalaufsichtsbehörden sollten alle Spielräume genutzt werden, um die Selbstbestimmung der Kommunen zu wahren. Schulden sollten nicht tabuisiert, sondern in einem ehrlichen Haushalt transparent und bedarfsorientiert behandelt werden.

Wir setzen uns für die Anhebung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer ein. Dabei ist es unser Ziel, die zusätzlichen Einnahmen an die Bürger*innen weiterzugeben. Dies geschieht durch die Umsetzung sozialer und nachhaltiger Projekte und dem zukunftsorientierten Ausbau der Infrastruktur. Wir wollen den Leipzig-Pass fortführen, mit dem kommunale Nutzungsentgelte entfallen und Gebühren reduziert werden.

Die Erhebung einer City-Maut bzw. generell jegliche nutzungsabhängige Abgabe für elementare Bestandteile einer Kommune lehnen wir ab. Weitere Steuern wie die Beherbergungs- und Hundesteuer möchten wir beibehalten.

Den Verkauf von Grundstücken zur Haushaltskonsolidierung halten wir für fatal und falsch. Stattdessen befürworten wir Erbpacht als langfristige und dynamische Lösung, gekoppelt an den Bodenwert. Public Private Partnership lehnen wir ab, da die Kriterien oft im weiteren Prozess nicht eingehalten werden und zu unerwünschten Abhängigkeiten führen können.

Verwaltung

Die Stadtverwaltung ist Arbeitgeberin, Betrieb und Ausbildungsstätte in einem. Die Stadt trägt eine große Verantwortung für die Sicherstellung von guten Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen. Gleichzeitig leidet sie – wie viele Kommunen – immer mehr unter dem Fachkräftemangel und wird in den nächsten Jahren einen massiven Verlust an Expertise und Arbeitskraft durch den Ruhestand der sog. “Babyboomer-Generation” verzeichnen. Deshalb kämpfen wir für gute Arbeit in der Stadtverwaltung, den Eigenbetrieben und kommunalen Unternehmen. Wir wollen sie als attraktiven Arbeitsort stärken und ausbauen.

Gemeinsam mit den Personalräten und Gewerkschaften stellen wir sicher, dass es keine öffentliche Beschäftigung ohne Tarifvertrag gibt. Ausgründungen oder Ausgliederungen in Tochtergesellschaften mit schlechteren Arbeitsbedingungen lehnen wir grundsätzlich ab. Nicht zuletzt das Beispiel der LVB hat gezeigt, dass ein solcher Versuch der Kosteneinsparung langfristig zu höheren Kosten und einem massiven Personalmangel führt.

Wir fordern außerdem eine neue Ausbildungsstrategie für die Stadtverwaltung. Als Ausbildungsbetrieb beteiligt sich die Stadt Leipzig an Projekten zur Schaffung von günstigem Azubi-Wohnen. Alle, die ihre Ausbildung bei der Kommune erfolgreich abschließen, müssen eine unbefristete Stelle erhalten. Wir stehen für eine gute Weiterbildung in allen Beschäftigungsphasen. So sollen alle Kolleg*innen Qualifizierungs- und Bildungsmöglichkeiten erhalten, unabhängig von Stelle oder Behörde. Sollte der Freistaat zeitnah keine 5 Tage Bildungsurlaub einführen, wie derzeit in einem Volksantrag gefordert, wollen wir die derzeit 3 Tage Bildungsurlaub, welche die Stadt Leipzig gewährt, auf 5 Tage anheben.

Wir wollen sicherstellen, dass keine Entscheidung ohne die Beschäftigten getroffen wird, insbesondere bei Umstrukturierungen, Umzügen oder Um- und Neubauten von Dienstorten. Wir wollen Expertise im Haus behalten. Projektbasiertes Zukaufen von Expertise aus der Privatwirtschaft muss die Ausnahme bleiben.

Eine der zentralen Aufgaben der Verwaltung der Zukunft ist eine zügige und nutzer*innenfreundliche Digitalisierung. Hierfür ist die Komplettdigitalisierung aller Akten und Vorgänge, soweit dies rechtlich möglich ist, vorrangige Daueraufgabe. Es muss auf sichere und leicht navigierbare Software zurückgegriffen werden. Für alle Benutzer*innengruppen müssen Trainings angeboten werden. Gleichzeitig müssen immer analoge Bearbeitungsmöglichkeiten geboten werden, damit für diejenigen, die digitale Angebote nicht nutzen können oder wollen, keine Nachteile entstehen. All dies geht nur, wenn wir gut bezahlte und attraktive Stellen im Bereich IT schaffen und dauerhaft finanzieren.

Wir verstehen die Stadtverwaltung nicht nur als reine Dienstleisterin, sondern gemeinsam mit der politischen Ebene, als Kraft, die Leipzig als Ganzes repräsentiert. Viele Entscheidungen, die von der Verwaltung getroffen werden, haben großen Einfluss auf das Leben aller Leipzigerinnen und Leipziger. Deshalb muss die Verwaltung in der Lage sein, die Gesellschaft in ihrer Vielfalt zu verstehen und viele Sichtweisen in ihr Handeln einzubauen. Deshalb fordern wir den Ausbau von Stellen und Gremien, die verschiedene Gruppen und Interessen beratend repräsentieren.

Titel: Awarenesskonzept

„Die Jusos Leipzig stellen sich entschieden gegen jede Form der Diskriminierung. Insbesondere haben strukturelle Sexismen, Rassismen und Queerfeindlichkeit noch immer einen Platz in der Partei und auch in unserem Jugendverband.

Wir zählen es zu unserem Selbstverständnis, unser Verhalten und unsere Strukturen kontinuierlich zu reflektieren und eine angenehme Debattenkultur zu ermöglichen. Gleichzeitig müssen wir uns dem Problem bewusst sein, dass linke Jugendverbände nicht zwangsläufig ein diskriminierungsfreier Raum sind.

Somit sehen wir es als notwendig ein Awarenesskonzept auszuarbeiten und Awarenessbeauftragte zu ernennen. Awareness versucht das Bewusstsein für Ungleichheiten zu schärfen und diskriminierungsfreie Räume zu schaffen. Das Konzept soll Rahmenbedingungen setzen, welche wir in einem politischen Diskurs als notwendige Standards sehen. Darüber hinaus sollen die beauftragten Personen Ansprechpartner*innen sein, welche Schutz und Hilfestellung bieten können.

In unserem Konzept definieren wir daher welche Aufgaben die Awarenessbeauftragten übernehmen werden und wie eine anonyme und leichte Absprache ermöglicht werden kann. Alle Interessierten sollen die Möglichkeit bekommen, auf die Arbeit als Awarenessbeauftragte vorbereitet zu werden, an der Etablierung mitzuarbeiten und ihre Anregungen und Ideen direkt miteinzubringen. Die Mitarbeit an diesem Konzept soll verbandsoffen und transparent passieren.

Awareness ist Aufgabe eines ganzen Verbandes und darf nicht allein auf den Schultern der Awarenessbeauftragten liegen. Der gesamte Verband ist angehalten sich der Verantwortung bewusst zu sein und das eigene Verhalten zu reflektieren.“

1. Aufgaben

Awarenessarbeit in Leipzig beschäftigt sich im Allgemeinen mit jeglicher Form von Diskriminierung. Betroffenen soll Hilfestellung und Unterstützung angeboten werden. Durch Sensibilisierung soll versucht werden, Diskriminierungen in unseren Strukturen abzubauen und neuen Regelungen, welche die Ungleichheiten verschärfen entgegenzuwirken.

a) Ansprechbar sein:

Die Awarenessbeauftragten sind Ansprechpartner*innen. Bei allen Formen von Konflikten bieten die beauftragten Personen einen Raum um Verhaltensweisen aufzudecken und mögliche Hilfe zu bieten. Das bezieht sich vordergründig auf Diskriminierungen, allerdings können Awarenessbeauftragte auch bei größeren Meinungsverschiedenheiten und persönlichen Konflikten neutrale Hilfe von außen leisten.

b) Kontakt zum Vorstand:

Eine weitere wichtige Aufgabe ist der Kontakt zum Stadtvorstand. So können die Awarenessbeauftragten den Einsatz von Leuten bei Stadtveranstaltungen vorausschauend planen und Absprachen treffen. Auch soll der Stadtvorstand informiert werden, sobald die

Awarenessbeauftragten an einem Fall arbeiten. In Kooperation mit dem Stadtvorstand werden Diskriminierungen in den Strukturen abgebaut.

Die Awarenessbeauftragten sollen die Möglichkeit bekommen, je nach Schwere oder Häufigkeit des diskriminierenden und verletzenden Verhaltens, gemeinsam mit dem Stadtvorstand weitere Schritte gegen den*die Täter*in einzuleiten.

c) *Transparenz:*

Um ein funktionierendes Awarenesskonzept zu ermöglichen ist es wichtig, dass die Arbeit der Personen transparent ist. Es muss für jede*n ersichtlich sein, wer die Awarenessbeauftragten sind und welche Aufgaben sie haben. Deshalb sollen die Zuständigkeiten, Regeln und Arbeitsweise klar vermerkt sein.

Darüber hinaus ist es essenziell, dass die Arbeit der Awarenessbeauftragten respektiert und umgesetzt wird. Andernfalls lassen sich diskriminierende Strukturen in unserem Verband nicht abbauen.

d) *Präventionsarbeit:*

Um Diskriminierung vorzubeugen, sollen die Awarenessbeauftragten mindestens halbjährlich Bildungsveranstaltungen organisieren.

Ziel dieser Veranstaltungen soll eine Sensibilisierung und Aufklärung sein. Vielen ist nicht bewusst, wo Diskriminierungen anfängt und wie am besten reagiert werden sollte. Hierbei geht es zum einen um die Situation wenn man Zeug*in oder Opfer von Diskriminierung wird, und zum anderen auch um eigene Verhaltensweisen. Diese gilt es kontinuierlich zu reflektieren um nicht im Gegensatz zu unseren linken Idealen zu stehen. Die Awarenessbeauftragten sollen durch Seminare bei diesem Prozess mitwirken.

Durch die Einbindung haben die Awarenessbeauftragten die Möglichkeit, die Genoss*innen zu informieren, auf sich hinzuweisen und als Ansprechpartner*in vor Ort nahbarer zu sein. Zur Informations – und Präventionsarbeit werden ebenso Medien wie Facebook, E-Mails und Telefonkonferenzen genutzt, um auf Missstände hinzuweisen und aufzuklären.

2. Regeln zur Behandlung von Konflikten

1. Die im Konflikt vermittelnde Person der Awarenessbeauftragten darf selbst nicht von den Streitigkeiten betroffen sein.
2. Die Konflikte und Anliegen der Betroffenen sind ohne das persönliche Einverständnis der Betroffenen weiterhin geheim zu halten.
3. Die Awarenessbeauftragten sind daran gehalten, angemessen zu reagieren und vorsichtig mit Kritik umzugehen.
4. In Konfliktsituationen sollen Lösungen primär durch Gespräche gesucht werden.

5. Behandlung von Konflikten zwischen den Awarenessbeauftragten haben höchste Priorität.

6. Um Konflikte zu klären, haben die Awarenessbeauftragten die Möglichkeit Sitzungen anzusetzen und den Vorstand und betroffene Parteien einzuladen.

3. Mögliche Schritte gegen Täter*innen

Je nach Schwere der Diskriminierung und in Rücksprache mit der betroffenen Person und dem Stadtvorstand sind die Awarenessbeauftragten befugt weitere Schritte einzuleiten.

Hierzu können folgende Maßnahmen dienen:

- a) Ausschluss von Veranstaltungen
- b) Ausschluss von Ämtern
- c) Pflicht zur Teilnahme an Antidiskriminierungsworkshops
- d) Verbandsausschluss

Die Entscheidung der Awarenessbeauftragten und dem Stadtvorstand ist in jedem Fall zu respektieren.

4. Treffen und Weiterbildung

1. Die Awarenessbeauftragten sind untereinander gut vernetzt.

2. Mindestens einmal im Jahr sind die Awarenessbeauftragten angehalten an einer Fort- und/oder Weiterbildung teilzunehmen.

3. Die Awarenessbeauftragten sollten sich 1x im Monat treffen.